

hängen die Aufstrebenden in einer ihrer letzten Nummern folgen demselben: Japan's Bevölkerung nimmt von Jahr zu Jahr in unwahrscheinlichem Umfang (um beiläufig 800 000 Seelen) zu. Ganz abgesehen auch vom Geste der asiatischen Herrschaft, von dem es befeuert sein mag, sind seine Ambitionen auch von jeder Seite her willkommen zu erklären. Sein infulentes Gebiet kann ihm nicht genügen; es muß notgedrungen auch der kontinentalen Macht werden; daher seine verheerenden vergangenen und gegenwärtigen Kräfteentfaltungen in Korea, in der Mandchurie und in Schantung, Territorien und Märkte finden, diese ausschließlich für sich offen zu halten, sie gegen jeden Verdrängen, der es haben verdrängen wollte; für Japan ist es die Frage um Leben und Tod. Dabei will Japan über China herrschen und dieses für seine eigenen Zwecke ausnützen. Deshalb war es hinter jeder Revolution her, die in China ausbrach. Die Vereinigten Staaten befolgen gegenüber China die ungeschickte Politik. Sie treten für das „offene Tor“ und für die Freiheit ein. Aus dieser Gesinnung ist es leicht, die Schiffe zu ziehen. Zahlreiche Japaner, die aus der Ferne oder aus der Nähe an drei öffentlichen Regierungen teilhaben, haben sie auch nicht vergessen. Der Komte Nagahama, der seine Meinung niemals in diplomatische Feinheiten zu hüllen pflegt, schrieb vor einigen Wochen im „Echo de Chine“:

Japan muß 50 000 000 Seelen auf seinen Inseln erhalten, deren Gebiet, auch Formosa mit inbegriffen, um 122 000 Quadratmeter kleiner ist wie das Frankreich. Es ist also zur Auswanderung genötigt, um seinen Ueberschuß abzulassen. Die von Amerika beschlossenen fremdenfeindlichen oder vielmehr japanfeindlichen Gesetze komplizieren die Lage bis an den Rand, an dem die gewaltsame Entladung unumgänglich wird; diese Entladung, das ist gewiß, ist der unvermeidliche Krieg.

So rechnen sich die Wünsche eines dauernden Weltfriedens kaum drei Jahre nach Abschluß des Weltkrieges aus. Die Konstellation ist um so düsterer, da es klar sein muß, daß der Schicksalskampf zweier Weltmächte sich heute nicht beizulegen könnte, ohne daß die noch nicht geheilten Wunden Europas neuerlich aufgerissen würden — hält doch jedes künstliche Gleichgewicht von Mächten nur so lange, als die es durch Waffengewalt erzwingenden Kräfte sich nicht gewandelt haben.

Dieser vollständige Bankrott der pazifistischen Missionen übertrifft und übertrifft nicht; haben wir doch schon während des Weltkrieges die salbungsvollen Deklamationen, die Kurzsichtigkeit und Scheinheiligkeit des bürgerlichen Pazifismus stets ins richtige Licht gesetzt und zugleich auch auf die Einseitigkeit des proletarischen Pazifismus hingewiesen. Wiederholt machten wir darauf aufmerksam, daß der dauernde Friede nicht lediglich ein wirtschaftliches oder politisches Problem sei, sondern daß er von der Erfüllung einiger Grundbedingungen abhängt. Unter diesen sind die folgenden als die wichtigsten zu nennen:

1. Die Staaten sind zu Staaten der arbeitenden Volksschichten zu gestalten, jedoch so, daß die zentralisierende Staatsgewalt durch Ausbildung einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeitenden in mehr aufgeschaltet werde. (Nicht nur die feudale oder bürgerliche, sondern auch eine kommunistische staatliche Zentralisierung statt Selbstverwaltung muß unumgänglich zu neuen Kriegen führen.)
 2. Die großen Vermögensunterschiede sind durch Ausschaltung jedes arbeitslosen Einkommens und auf Gewalt beruhenden Eigentums zu beseitigen. (Der Weg hierzu führt aber nicht über die allgemeine Proletarisierung der Welt, welche die Kriegsgefahr notwendig strengen würde, sondern durch große, umfassende, organische Reformen — insbesondere Befreiung des Bodens und Ausbau der genossenschaftlichen Produktion —, vermöge deren je mehr Menschen zu Arbeitselgentum gelangen.)
 3. Es ist vollkommen freier Handelsverkehr für jede Nation und jedes Individuum auf jedem Punkte des Erdballs unter völlig gleichen Bedingungen zu gewährleisten.
 4. Für jede nationale Minorität sind gleiche Möglichkeiten der Kulturentwicklung sicherzustellen.
 5. Die Bureaucratie ist auf ein Minimum herabzusetzen und die stehenden Heere sind durch Miliz zu ersetzen. Denn die stehenden Heere sind oder werden ihrer Natur nach kaiserlich und ob dieser Natur ein feudaler König, ein bürgerlich republikanischer Präsident oder ein Sowjetdiktator ist, das macht vom Gesichtspunkt des dauernden Friedens keinen Unterschied.
 6. Es muß gearbeitet werden an dem Ausbau eines allgemeinen menschlichen Gemeinheitsbewußtseins und einer ethischer Werteskala, welche jede politische und gesellschaftliche Zielsetzung unter das Richtmaß des freien menschlichen Individuums stellt. Reaktionen, also militärisch, ist jede Politik, deren Bestrebungen nicht darauf gerichtet sind, das Individuum als Selbstzweck zu sehen.
 7. Solange ein Unterschied besteht zwischen individueller und sozialer Moral, solange sind wir immer im Zustande des ständigen Krieges. Solange sich nicht die entscheidende Herrschaft des Prinzipes durchgesetzt hat, wonach jeder, was er nicht selbst zu erlangen wünscht, auch einem anderen nicht zuzugestehen darf, werden immer nur Räuberbanden anderen Räuberbanden gegenüberstehen, gleichviel, ob mit theoretischen, feudalen, absolutistischen, bürgerlichen oder kommunistischen Ideologien drapiert.
- Siehe, es genügt, die grundlegendsten Bedingungen des dauernden Friedens aufzuführen, um zu bezeugen, daß nur politische Kurpfuscher die Herbeiführung des dauernden oder gar des ewigen Friedens von heute auf morgen, oder mit Hilfe von ein paar Re-

formen versprechen können. Ja kann es nicht genug wiederholen: Der Friede wird nicht gemacht, sondern geboren. Andersweit ist leicht zu durchsehen, daß man dazu erst, was seit dem Weltkrieg schon nicht in der Richtung eines dauernden Friedens, sondern in der eines neuen Krieges arbeitet: Die genossenschaftliche Staatlichkeit, der Druck des Klassenkampfes, war noch nie so erdennend, wie heute die extremen Vermögensunterschiede haben sie noch verschärft, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse den Klassenkampf; die alten nationalen Unterdrückungsformen sind durch neue abgelöst worden: die Lagerhölle in der Bureaucratie und die Schandhaftigkeit haben sich im Kampf vermehrt; die nationalen Schicksale sind noch härter denn je; der Gegensatz zwischen individueller und sozialer Moral hat sich noch vertieft; das Individuum ist zum keltischen Sklaven der nationalen und Gruppeninteressen geworden.

Unter solchen Umständen ist es klar, daß der kriegerische Handstoss in der ganzen Welt sich ankündigt, und wenn die Menschheit binnen kurzem nicht einen radikal neuen Weg einschlägt, dann sehen wir fast dem dauernden Frieden, dem Zustand des frühen Mittelalters entgegen.

Die Demokraten zur Umbildung der Reichsregierung.

In einer gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktion des Reichstages und des preussischen Landtags war man einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei für unsere gesamte staatliche und wirtschaftliche Entwicklung besondere Bedeutung hat, weil sie die einzige Grundlage ist, auf der eine stetige Politik aufgebaut werden kann. Die Verfassung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reich nur ein Kabinett Birch sein könne. Man ließ gleichzeitig keinen Zweifel darüber, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik zu verlangen sei. Ferner sprach man sich dahin aus, daß es wünschenswert sei, die Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen möglichst bald vorzunehmen.

Vorübergehende Schließung des polnischen Konsulats in Königsberg.

Königsberg, 27. Sept. Das hiesige polnische Konsulat schreibt: Wegen schwerer Verletzung der Konsularität und völkerrechtlich anerkannten Rechte durch die Ortsbehörden, durch verbotene Zugriffe auf Kuriergepäck unter Gewaltandrohung rechtswidriger Festhaltung eines amtlichen diplomatischen Kuriers und unwürdige Behandlung desselben, Hausdurchsuchungen bei Konsularbeamten usw. wird bis zur Aufklärung der Sachlage das polnische Konsulat einstweilen von Dienstag, den 27. September, bis einschließlich Donnerstag, den 29. September, für den Parteilensverkehr geschlossen. In bringenden Fällen nur können polnische Staatsangehörige, Bürger der freien Stadt Danzig und Ausländer abgefertigt werden. — Hierzu wird vom Oberpräsidenten amtlich mitgeteilt: Die vom polnischen Konsulat zugesandte Notiz entspricht nicht den Tatsachen. Der unter dem bringenden Verdacht eines gemeinen Verbrechens festgenommene Gelegenheitskurier war kein amtlicher diplomatischer Kurier, da sein Paß nicht den üblichen Bestätigungsmerkmalen des deutschen auswärtigen Amtes trug. Nach Feststellung, daß das Gepäck Kuriergepäck und nicht Eigentum des Festgenommenen war, wurde von einer Beschlagnahme selbstredend Abstand genommen. Die Schuld dafür, daß eine Beschlagnahme des Gepäcks überhaupt verfußt wurde, trifft den Begleiter des Kuriers, der erst im letzten Augenblick das Gepäck als Kuriergepäck, das äußerlich zunächst nicht als solches erkennbar war, legitimierte. Der Festgenommene hat sich für die wohlwollende Behandlung während seiner Festhaltung aus eigener Veranlassung nach besonders bedankt. Die Hausdurchsuchungen bei den Konsularbeamten, deutschen Staatsangehörigen, stehen mit der oben bezeichneten Tat in engstem Zusammenhang.

Königsberg, 28. Sept. Auf die amtliche Erklärung des Oberpräsidenten bezüglich des Konfliktes mit dem hiesigen polnischen Konsulat hat letzteres an die Presse eine Erwiderung gesandt, worin die Darstellung des Oberprä-

sidiums als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet und u. a. behauptet wurde, der festgenommene Kurier war kein Gelegenheitskurier, sondern ein amtlicher diplomatischer Kurier. Demgegenüber hält das Oberpräsidium seine Richtige Stellung in allen Punkten aufrecht. An der amtlichen Verhandlung heißt es: Es ist nunmehr durch Beschluß des auswärtigen Amtes festgestellt, daß der festgenommene amtlich diplomatische Kurier weder in dieser Eigenschaft noch als Gelegenheitskurier anerkannt wird. Nach diesem Tatbestand hat der Festgenommene überhaupt keinen besonderen Anspruch auf völkerrechtlichen Schutz. Erst nach der Erfernung der mit Schnüren umwickelten Verhüllung ist das Siegel des polnischen Konsulats auf dem als Kuriergepäck bezeichneten Gepäck sichtbar. Die sonstige Behauptung über das angeblich vorschriftswidrige Verhalten der Beamten bleibe nach wie vor unrichtig.

Das Demberger Attentat und die ostgalizische Frage.

D. E. Die Warschauer Presse äußert sich dahin, daß das Demberger Attentat auf Bilsudski und Grabowski die ostgalizische Frage erneut auf die internationale Tagesordnung bringe. Die „Gazeta Warszawska“ schreibt, die Ukrainer hätten mit dem Attentat sagen wollen: „Wir stehen, wie wir sind, vor.“ Die „Rzeczpospolita“ meint, die Demberger Schüsse reichten bis nach Genf.

Der Attentäter Stefan Fedak ist 21 Jahre alt, war Leutnant in der österreichischen Armee und später Stabs-offizier bei Pskura. Er gehörte dem „Komitee der ukrainischen Jugend“ an, welches in Demberg, da es dort keine ukrainische Universität gibt, eine Geheimunterstützung organisiert hatte; außerdem bereitete dieses Komitee, das unter Führung der Doktoren Baran und Barwinsky stand, terroristische Aktionen vor. Vor und nach dem Attentat haben in den Kreisen des Komitees zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Polen.

D. E. Das polnische Verkehrsministerium hat beschlossen, die Eisenbahntarife vom 1. Oktober ab um 122 bis 197 Prozent, je nach der Wagenklasse, zu erhöhen. — Die Verhandlungen über den polnisch-russischen Handelsvertrag werden intensiver gefördert. Die Verhandlungssprache ist deutsch. — Die Kosten Polens für Unterhaltung der internationalen Kommission in Oberschlesien betragen monatlich 300 000 Dollar. — Der russische Vorsitzende der gemischten russisch-polnischen Repatriierungskommission ist seines Postens enthoben worden, nachdem er polnischerseits kommunistischer Agitation beschuldigt worden war. Ein russisches Mitglied derselben Kommission ist nach größeren Unterstellungen russischer Staatsgelder flüchtig geworden.

Neue Krise im englischen Kohlenbergbau.

London, 27. Sept. Das Reutersche Bureau meldet: Eine ernste Lage in den Kohlenfeldern von Süd-Wales sei entstanden infolge eines Streits zwischen den Bergwerksbesitzern und dem Bergwerksdepartement über den Betrag, der seitens der Regierung zu den Löhnen gemäß der Abmachung bei Abbruch des letzten Streits beigesteuert werden soll. Nach einer Versammlung in Cardiff haben die Bergwerksbesitzer beschlossen, eine große Anzahl von Zechen zu schließen. Wenn dieser Beschluß ausgeführt wird, würde sich die Frage der Arbeitslosigkeit in Süd-Wales stark verschlimmern.

Der innere Wert der Mark.

Wie wenig der gegenwärtige Kurs der Mark in Wirklichkeit dem heutigen inneren Werte der Mark entspricht, zeigt eine Berechnung, die Dr. Arthur Seiden im Handelsblatt des „Berliner Tageblattes“ angestellt hat. Das Preisniveau in Deutschland liegt gegenwärtig auf der Höhe des 14-18fachen des Preisniveaus des Weltmarktes, bewegt sich zwischen dem 1,3-1,4fachen der Preisniveaus. Daraus ergibt sich, daß die Kaufkraft des Dollars sich nach dem Stande der heutigen Preisbewegung zwischen 42 bis 60 Papiermark bewegt. Allein ein solcher Stand der deutschen Valuta würde die Spannung zwischen Valuta und Inlandswert der Mark in etwas auflockern und die für Deutschland sowie die ganze übrige Welt höchst ungesunde Valutaexportprämie verhüten.

Lohnerhöhungen und Warenpreise.

Von Dr. Alfred Striemer.

Jede Erhöhung der Löhne bedeutet Steigerung der Produktionskosten, sofern sie nicht durch gesteigerte Arbeitsleistung des Arbeiters ausgeglichen wird, sei es durch technische Verbesserung seiner Arbeitsmittel, durch Verbesserung der Organisation oder durch erhöhten geistigen oder körperlichen Arbeitsaufwand. Nun entsteht die weitere Frage, ob eine Erhöhung der Produktionskosten auch eine Erhöhung der Warenpreise bedeutet? Das hängt von der Spanne ab, die zwischen den bisherigen Produktionskosten und bisherigen Warenpreisen bestanden hat. Ist der Warenpreis ein freier Marktkonkurrenzpreis, der sich bildet, wenn soviel Ware da ist, daß jede Nachfrage befriedigt werden kann, und umgekehrt, soviel Nachfrage da ist, daß alle Waren Absatz finden, wenn ferner kein besonderer Schutz den Warenpreis künstlich erhöhen kann, dann stellt sich der Warenpreis auf eine Höhe ein, der nur soviel höher ist als die Produktionskosten, daß der Aufschlag den Unternehmer noch befriedigt, seine Unkosten mit schonendem Gewinn deckt.

Ist der Marktpreis Schwankungen unterworfen, weil der Geldwert sich ändert oder die Kaufkraft, ist so die Gefahr vorhanden, daß die Waren auch unter ihrem Produktionskostenwert abgegeben werden müssen, dann muß der Unternehmer oder Händler den Aufschlag erhöhen, einen besonderen Risikoausschlag machen, um eintretende Verluste zu decken. Trifft keine Preislenkung ein, dann ist der Risikoausschlag Uebergewinn, der eingestrichen werden kann. Dieses Risiko hat der Konsumverein oder die gewerkschaftliche Warenverteilung genau so zu tragen. Treten die Arbeiter an die Unternehmer mit Lohnforderungen heran, dann erklären sie sich dazu bereit, wenn die

Arbeiter den Preiserrhöhungen zustimmen, wo solches Mitbestimmungsrecht besteht, z. B. bei Kohle und Kali. Daraus, daß die Arbeitervertreter den Preiserrhöhungen zustimmen, wird ihnen vielfach ein Vorwurf gemacht. Man sagt, daß sie dann auf Kosten der Allgemeinheit Stupenegotismus treiben, indem sie ihre Wachtpositionen ausnützen, um sich besondere Vorteile zu sichern. Wie liegen nun die Verhältnisse?

In großen Betrieben lassen sich bei den schwankenden Preisverhältnissen und bei den durchaus verschiedenartigen Produktionsverhältnissen in den einzelnen Werken die wirklichen Produktionskosten sehr schwer feststellen. Noch schwieriger ist die Festlegung der Risikoauschläge, der Abschreibungen und Reservestellungen. Da hilft man sich, indem man eben sehr reichlich rechnet, lieber mehr, nur nicht zu wenig ausschlägt, damit keine Verluste kommen, wenn doch unerwartete Verteuerungen durch Streiks oder sonstige Störungen, Materialpreiserrhöhungen eintreten. Geht alles glatt, waren die Arbeiter fleißig und brav, dann bringen die erhöhten Preise auch einen schönen Gewinn für die Aktionäre.

Ob die Preise richtig kalkuliert, ob sie zu hoch oder zu niedrig angenommen waren, das zeigt erst der Geschäftsausschluß nicht absolut richtig, weil er ja nur an einem Stichtage gemacht wird und alle Wirkungen noch nicht zur Geltung gekommen sein brauchen. Aber doch annähernd zuverlässig zeigt sich aus der Bilanz und ihren Unterlagen, wie man mit den Preisen der Erzeugnisse oder Handelswaren ausgekommen ist. Hier zeigt sich, um wieviel der Konsum zugunsten der Unternehmerrgewinne zu hoch belastet worden ist.

Daß der Unternehmer sich vor Verlusten zu schützen sucht, das ist nicht nur sein Recht, das ist sogar seine Pflicht. Das tritt insbesondere bei Ausführung von Auslandsaufträgen klar zutage.

Wenn nun vom Unternehmer verlangt wird, daß er die Ueberprofite herausgibt, dann wird er verlangen dürfen, daß man ihm die Verluste auch ersetzt. Die Lage ist also sehr schwierig. In einer möglichst niedrigen Preisgestaltung hat die Volksgesamtheit das größte Interesse, denn je niedriger die Preise, desto höher ist die Kaufkraft des Lohnes, desto mehr Arbeiter können beschäftigt werden durch den erhöhten Konsum. Können sich die Unternehmer dagegen mit Hilfe von Monopolbildungen hohe Preise sichern, dann haben sie an der Erhöhung des Umsatzes und der Mehrinstellung von Arbeitern gar kein Interesse. Bei den hohen sozialen Verpflichtungen, die dem Unternehmer auferlegt sind, sucht er mit der kleinsten Zahl von Arbeitskräften auszukommen. Das ist ganz natürlich, denn der Unternehmer ist ja keine soziale Fürsorgeanstalt, sondern ein Kämpfer.

Wie können wir nun die Interessen des Volkes gegenüber den privatwirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Händler schützen, die aus der Knappheit an Waren die größten Vorteile ziehen? Wir müssen an die Stelle der Unternehmermonopole gemeinwirtschaftliche Produktions- oder Handelsverbände stellen, die als Preisregler im Allgemeininteresse dienen. Diese müssen die Macht erhalten, eine Bilanzierung nach einheitlichen Grundätzen durchzuführen, um die wirklichen Gewinne zu ermitteln und mit Ausgleichsklassen die Konjunkturschwankungen mildern. Sie müssen die Produktion und die Verteilung der sozialen Gemeinschaftsarbeit machen und den Unternehmerrgoismus im Zaum halten. Die Planwirtschaftler haben uns diesen Weg gewiesen. Wie im einzelnen diese Organisation zu gestalten ist, das ist in der Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach den verschiedensten Richtungen hin untersucht und aufgezeigt worden.

Schwer bestrafte Schweinehändler. Ein Schmied und ein Arbeiter in Soltau brachen im Juli nachts in einen Schweinefall eines Wessers ein und stahlen im Gewicht von einem Zentner, das geschlachtete wurde. Der eine Dieb führte einen Revolver bei sich. Angeklagt wurden die Angeklagten mit der Waffe das Schwein erschießen. Das Gericht verurteilt Diebstahlschuld, ganz besonders, wenn die Diebe Waffen bei sich führen. Jeder der Angeklagten erhielt 1/2 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust.

Die Arbeiter als Vorspann des Preiswunders.

Ein bedenkliches Entlohnungssystem in der Landwirtschaft.

Die Unternehmer in der Landwirtschaft haben in ihrer Gesamtheit offenbar die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Tarifabschlüssen mit den Arbeiterorganisationen noch nicht erkannt. Teilweise stehen sie dem geradezu feindselig gegenüber. Es bedarf oft noch schwerer Kämpfe der Gewerkschaften, sich und den Tarifabschluss durchzusetzen. Wenn die Unternehmer der Gewerkschaften und ihrer Politik zum Teil noch ablehnend gegenüberstehen, so läßt sich das zur Not noch verstehen, sobald aber Arbeiterorganisationen sich dazu hergeben, den Unternehmern zur Sicherung ihres Profits noch willig Vorstandsämter zu leisten, so ist das schiedlich kaum begreiflich, es sei denn, daß die Arbeitnehmer unter Verleumdung der Sachlage und der tatsächlichen Verhältnisse sich in dem Genuß der Unternehmer fangen lassen. Das dürfte im wesentlichen bei einem Teil der Landarbeiter Pommerens zutreffen.

Der Reichslandbund und seine einzelstaatlichen und provinziellen Organisationen versuchen allenthalben Arbeitergruppen zu schaffen und mit ihnen Sonderverträge abzuschließen unter möglicher Ausschaltung der Gewerkschaften. Die Arbeitergruppen haben im ganzen Meide mit Ausnahme von Pommern keinerlei Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Pommern und der Pommerische Landbund bildet das Verbands- und Operationsfeld. Hier hat die Arbeitergruppe ihren stärksten Anhang. Nach den eigenen Angaben hat sie zurzeit 60 000 Mitglieder; es dürfte sich dabei nicht nur um Landarbeiter handeln. Zu der Gruppe gehören auch Gutsknechte, Stallmeister, Viehhirten und schließlich auch die freien Verufe, Pastoren, Lehrer und Gemeindepfarrer. Zwischen den beiden Gruppen des Pommerischen Landbundes ist eine Lohnvereinbarung getroffen, nach der der Lohn nach den Kartoffel- und Getreidepreisen berechnet wird. Hiernach erhalten die in der Arbeitergruppe des Pommerischen Landbundes organisierten Deputatarbeiter an Vorlohn im Jahre den Tagelohn von 12 Zentner Roggen und 21 Zentner Kartoffeln. Der Grundlohn beträgt 70 Pf. die Stunde; männliche Freiarbeiter über 20 Jahre bekommen als Jahrelohn den Tagelohn von 24 Zentner Roggen und 33 Zentner Kartoffeln. Der Grundlohn beträgt 2,10 Mk. die Stunde. Der Wert wird am 1. November des Jahres von einem Ausschuss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt. Nach der geltenden Vereinbarung wird die Lohnhöhe abhängig gemacht von der Höhe der Warenpreise. Durch das Entlohnungssystem werden die Arbeiter an der Steigerung der Getreide- und Kartoffelpreise in höchstem Maße interessiert. Sie dienen damit als Vorspann den Bestrebungen der Grundbesitzer auf mögliche Erhöhung der Warenpreise. Die Arbeitergruppe des Landbundes ist die gelbe Schutzgarde der Unternehmer und ein Wall gegen die Forderungen der Gewerkschaften. Durch die Organisation ist den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, ihre Grundrenten ungehindert durch die gewerkschaftliche Arbeit hochzuschlagen. Die Getreidepreise haben bereits die Höhe des Weltmarktpreises erreicht. Die Arbeiter erhalten aber keineswegs Weltmarktpreise. Der möglichen Festsetzung der Stundenlöhne wird der Warenpreis zugrunde gelegt. Den der Unternehmer am 1. November des Jahres erhalten würde. Der 1. November ist somit der Stichtag. Durch diese Einrichtung ist eine Sicherung geschaffen, daß der Profit des Unternehmers in keiner Weise geschränkt wird. Das Entlohnungssystem macht die Arbeiter aber noch in anderer Beziehung von dem Unternehmer abhängig. Die Entlohnung wird in hartem Maße beeinflusst, wenn auch mittelbar, durch das Betriebsergebnis. Der Arbeiter wird dadurch in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter. In er an sich schon in hartem Maße in der Bestreitung seines Lebensunterhalts von der Konjunktur abhängig, so macht sich die Abhängigkeit durch das vom Landbund erstrebte Entlohnungssystem in besonders hartem Maße bemerkbar. Für die Stabilisierung der Lohnverhältnisse fehlt jede feste Grundlage. Bis zu einem gewissen Grade wird aber auch die Preiselastizität der Arbeiter durch das System in erheblichem Maße eingeschränkt. Verläßt er vor dem 1. November seinen Dienst, dann verliert er den Anspruch auf die Nachzahlung; er hätte bis zum Tage des Austritts aus dem Dienstverhältnis nur Anspruch auf den Grundlohn. Zum mindesten sieht die zwischen der Unternehmergruppe des Landbundes abgeschlossene Vereinbarung hierüber nicht anders vor. Im Streitfall konnte er sich dann an die laut Tarifvertrag als Schlichtungsgericht fungierende Arbeitergemeinschaft wenden. Die Arbeitergemeinschaft setzt sich aber im wesentlichen nur aus den verschiedenartigsten Gruppen der Unternehmer zusammen. Die Arbeiter sind in den Arbeitergemeinschaften in einer verschwindenden Minderheit. Die durch die Beschäftigung vorgehenden unparteiischen Schlichtungsausschüsse sind ausdrücklich ausgeschlossen. Dieser Tarifvertrag bedeutet tatsächlich einen gewaltigen Nachteil für die Landarbeiterschaft. Es ist kein Wunder, wenn die

Unternehmer versuchen, ihn auf breiter Basis zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Wenn das nicht in dem Maße geschehen ist, wie es den Wünschen und Bestrebungen der Unternehmer entspricht, so ist das lediglich ein Verdienst vorwiegend des Deutschen Landarbeiterverbandes. M. G.

Internationaler Textilarbeiterkongress in Paris.

In dem vom 19. bis 24. d. Mts. in Paris tagenden Internationalen Textilarbeiterkongress nahmen 96 Delegierte teil, die 1 500 000 Mitglieder vertraten. England war durch 35 Delegierte vertreten, Deutschland hatte 25, Belgien 11, Frankreich 7, Italien 4, Tschechoslowakei (deutsch) 4, Tschechoslowakei (tschechisch) 2, die Schweiz und Holland hatten je 2 Delegierte entsandt. Es waren also zehn Länder vertreten. Amerika, Oesterreich und Ungarn waren aus persönlichen und organisatorisch-technischen Gründen nicht vertreten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Ausbau des Streikfonds, für den eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die Stärkung und Kräftigung des Fonds betreffend, angenommen wurde. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde die 48-stündige als Höchstmaß für zulässig erachtet, täglich höchstens 8 Stunden, bei Schichtwechsel, am Sonnabend nur 4 Stunden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die kapitalistische Produktionsweise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, sondern daß die sozialistische an ihre Stelle treten müsse, wenn das Ziel erreicht werden sollte. Zum Punkt „Betriebsdemokratie und Betriebsräte“ wurde besonders betont, daß zwar das Betriebsrätegesetz in Deutschland nicht allen Erwartungen, die man in dieses gesetzt hatte, entspricht, aber doch immerhin Fortschritte gebracht habe und zu weiteren Fortschritten benutzt werden könne. Die Washingtoner Arbeiterschutzbefehle, das Internationale Arbeitsamt in Genf und sein Wirken wurden eingehend besprochen und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft der Welt diesem Institut seine Unterstützung nicht verweigern werde, da es, wenn die Arbeiterschaft es wolle, durch die in ihm verkörperte Macht der Arbeiter zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden könne. Es wurde noch gerügt, daß die französische Regierung keinen Ausländer in Frankreich als Gewerkschaftsfunktionär dulden wolle. Schließlich wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen — er soll durch Verweigerung aller Arbeit, die der Kriegswirtschaft dienen könnte — unmöglich gemacht werden. Ferner wurde eine Resolution für den Wiederaufbau angenommen, durch die erklärt wird, daß er nur möglich sei bei Wahrung des Friedensvertrages zugunsten der im Kriege unterlegenen Staaten und bei ehrlicher und aufrichtiger Wirtschaftspolitik, die nicht auf Bereicherung und Bevorzugung einzelner Länder und Volksteile hinausläuft, sondern als Ziel nur das gleichmäßige Wohlergehen aller Länder, Völker und Volksschichten kennt.

Der Kongress war der zehnte seiner Art und hat sicher — nach dem langjährigen Kriege — zur Wiederherstellung der durch den Krieg etwas gelockert gewordenen Beziehungen viel beizutragen. Gegen das ausbeutende Kapital in den Hauptländern der Textilindustrie ist eine Macht zusammengekommen, die als freimarktwirtschaftliche und als sozialistisch gerichtete Forderung des Kapital noch viel zu schaffen machen wird. — Der nächste Kongress soll 1924 in Neapel stattfinden.

Bewerkchaftliches.

Kommunistische Kassenvandalen vor Gericht. Mit den Verurteilungen beim Metallarbeiterverband in Zwickau hatte sich am Montag das Schöffengericht zu beschäftigen. Wie wir bereits berichteten, wurden am 21. Juli d. M. der damalige Kassenvorstand der Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes Max Rosford und einige Leute infolge auch der Einkassierer Schöfer Alfred Zornow wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern in Haft genommen. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht ergab ein recht trübes Bild der Kasentätigkeit des Metallarbeiterverbandes, wie sie von den „rabidalen“ Helfern geleitet worden war. Zornow hatte in Räckhem, Frauendorf und Gohlom die Verbandsgelder einzusammeln und erhielt zu diesem Zweck Aufträge, die er an die Mitglieder gegen Zahlung verabschiedete. In jedem Monat sollte er abrechnen; unter allen Umständen durfte er immer nur einen Teil des Geldes ab. erhielt aber, da er das Vertrauen des Vorstandes genoss,

immer wieder neue Marken. Hierdurch war es ihm möglich, im Laufe eines Jahres 21 000 Mark zu unterschlagen. Im Juli d. M. wurden die Unterschlagungen entdeckt und anfangs August brachen erst Vorstandsmitglieder aus Stuttgart die Kasse in Ordnung, da wie der Hauptkassierer Rosford selbst zugab, durch mehrere Streiks und das Auszahlen der Streikgelder sich Selbstbeträge herausgestellt hatten. Am selber wird eine Unterschlagung von ungefähr 5000 Mark zur Last gelegt, doch wurde gegen ihn wieder weiterer Beweishebung die Sache vertagt. Zornow, der ein auskömmliches Gehalt bezog, will wegen Ehescheidung usw. in Kollage gewesen sei. Das Gericht glaubte ihm dies nicht und stellte keine Verhandlung als sehr verwehlich hin, rechnete ihm jedoch zugute, daß ihm die Kasse erst durch Rosford leichtgemacht worden sei. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. — Auch dieser Fall beweist wieder, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiterschaft die Leute anseht, die um ihr Vertrauen buhlen und dabei über nichts anderes verfügen als über ein „rabidales“ Mundwort.

Ein internationales Bleiweißverbot für das Malergewerbe. Seit nahezu 20 Jahren kämpft der Verband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands, unterstützt durch maßgebende Gewerkschaften und Sozialpolitiker und durch die gleichen Bestrebungen in anderen Ländern, gegen die Schäden bei der Verarbeitung giftiger Bleifarben; in erster Linie des besonders gefährlichen und in großen Mengen benutzten Bleiweiß. Eine Verordnung des Bundesrates vom 27. Juni 1906 zum Schutze der Maler, Anstreicher, Lackierer, Bleibinder und Lackierer ist ein Erfolg dieses Vorhabens, da aber die darin enthaltenen Schutzvorschriften bei der Eigenart des Malergewerbes mit seinen fortgesetzten Wechseln, meist nur für ganz vorübergehende Benutzung sehr primitiv eingerichteten Werkstätten vielfach gar nicht durchführbar und zu kontrollieren und, ist auf diesem Wege den bestehenden Gesundheitsgefahren nicht beizukommen. Die Vorschriften stehen aber auch auf verwerflich-nichtigen Schwierigkeiten. Es wird darum von den Arbeitern des Malergewerbes und allen Freunden des gewerblichen Arbeiterschutzes lebhaft begrüßt, daß das Internationale Arbeitsamt die Frage eines allgemeinen Bleiweißverbotes für das Malergewerbe in allen Ländern wieder aufgeworfen und der Arbeitskonferenz im Oktober dieses Jahres in Genf zur Beschlußfassung überwiesen hat.

Kleine Nachrichten.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Deutschland.

Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine sehr betrübliche Mehrausgabe von rund sieben Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat heute den Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Bedeckung dieser Kosten eine Tarifserhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr vom 1. November, für den Expeditiv- und Personenverkehr vom 1. Dezember ab durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß die vorbereitenden Arbeiten zu deren Prüfung bereits eingeleitet seien.

Fernsprechtabel Schweden—Deutschland. Heute wurde die Regelung eines neuen Fernsprechtabels zwischen Deutschland und Schweden vollendet. Die Eröffnung des Verkehrs auf der neuen Linie ist noch unbestimmt.

Gegen den Massenmörder Großmann ist gestern die Voruntersuchung eröffnet worden. Großmann ist zurzeit wegen körperlicher Schwäche und seelischer Depression nicht vernunftfähig. Sein Verteidiger hat deshalb seine Ueberführung ins Lazarett des Polizeigefängnisses beantragt.

Eine Feuersbrunst vernichtete in Jarmund (Pommern) neun Gehöfte. Auch die Dorfkirche brannte vollständig nieder. Die gesamte Ernte und das Vieh wurden ein Raub der Flammen.

Vor großen Arbeiterkämpfen in Amerika. Aus Newyork wird gemeldet, daß sich in der Industrielage der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten nähert. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem Kampf kommen werde, darunter zum Streik der Eisenbahner, Bergleute und andern Arbeitern oder zu einer Regelung im guten und zur Annahme der Lohnverminderungen durch die Arbeiterschaft. Bei den Eisenbahnern scheint eine überwältigende Mehrheit zugunsten des Streiks vorhanden zu sein.

Untergang eines amerikanischen U-Bootes. Das amerikanische Unterseeboot R. 6 von der pazifischen Flotte ist nachts gesunken, während es im Hafen von San Pedro vor Anker lag. Der Unglücksfall wird darauf zurückgeführt, daß ein Torpedorohr offen stand. Zwei Mann der Besatzung sollen ertrunken sein.

Wohlfahrtspflege.

Ein Rückblick auf die Ostprezer Wohlfahrtspflege.

Von Bürgermeister Dr. Caspari (Strandenburg Gabel).

Einen verheißungsvollen Ausblick zum diesjährigen Parteitag bildet die Tagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt in Ostprezen zum erstenmal trat dieser mit einer eigenen Tagung vor die Öffentlichkeit. Die letzte Besprechung der Tagung und das hohe Niveau der Diskussion zeigte, wie notwendig die Zusammenkunft gewesen und wie richtig die verbündeten Vorkämpfer des Hauptauschusses, Gen. Juchacz, gehandelt hat. Die Tagung war von dem Geiste getragen, der heute in den breitesten Kreisen der Partei zu Tage tritt, vom Geist, befeuert vom Willen zur Tat, vom Willen zur positiven Mitarbeit. Zwar machten sich auch leise Unterströmungen der Ablehnung der Wohlfahrtspflege bemerkbar. Aber sie verschwanden gegenüber dem klar zum Ausdruck kommenden Willen der Delegierten, auch in der Wohlfahrtspflege mitzuarbeiten und, wenn möglich, die Führung zu erlangen. In der Tat kann es sich heute nicht darum handeln, zu untersuchen, inwiefern die Beschäftigung mit der Wohlfahrtspflege sich mit sozialistischen Gedankengängen in Einklang bringen läßt. Nicht darum geht es, zu untersuchen, ob sich der Sozialismus mit der Wohlfahrtspflege verbindet — was, wie ich an anderem Orte noch auseinandersetzen werde, der Fall ist. — nicht darum geht es, zu untersuchen, ob wir uns im Reichsstaat Wohlfahrtspflege als ein notwendiges Uebel betrachten müssen und ob in der sozialistischen Gesellschaft die Wohlfahrtspflege sich erdrücken wird. Nein, heute geht es darum, zu zeigen, daß wir gewillt sind in der Lage sind, auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege tätig einzugreifen, daß wir das Vertrauen der Massen, die uns als Abgeordnete, Beamte und Funktionäre an verantwortliche Stellen gesetzt haben, würdig sind. Die hinter uns stehenden Massen verlangen von uns Taten, und diese Taten müssen wir auch vollbringen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege.

Tatig soll nicht gefast sein, daß wir auf dem schließlichen Weg der bürgerlichen Wohlfahrtspflege geraten. Für uns ist die Wohlfahrtspflege nicht nur der Schutz der minderbemittelten Bevölkerung. Nur uns ist die Wohlfahrtspflege die Summe aller bürgerlichen Fürsorgeanstalten, die das Gelingen der Allgemeinheit durch fürsorgende Maßnahmen fördert. Der Wohlfahrtspflege ist die Planmäßigkeit der Arbeit, die harte Bedienung des vorwiegenden Prozentsatzes eigen. Sie wirkt nicht sporadisch, sie gibt nicht hier und da, sondern sie bereitet planmäßig den Boden zur Erhaltung aller

Glieder der Gesellschaft, sie gibt nicht dem einzelnen Individuum, sondern der Gesamtheit, auch wenn ihre Hilfe dem Individuum zuteil wird. Sie arbeitet, wenig nötig, auch mit Zwang. Wir werden im Interesse der Gesellschaft nicht umhin können, scharfe Zwangsmaßnahmen zu finden zum Schutze gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, und wir werden auch nicht ohne Zwang auskommen bei der Tuberkulosefürsorge und auf manchem anderen Gebiete der Wohlfahrtspflege. Vor allem verlangen wir aber, daß die Grundlagen der Wohlfahrtspflege gesetzlich gesichert werden. Dadurch zuletzt unterscheiden wir uns von den bürgerlichen Vertretern der Wohlfahrtspflege.

Die heutigen Rechtsgrundlagen der Wohlfahrtspflege sind lückenhaft, mangelhaft und zerstückelt. Abgesehen von den sozialpolitischen Gesetzen, der Sozialversicherung, den Bestimmungen zum Schutze der Realisationsfähigkeit, dem Betriebsrätegesetz und der Verordnung über den Arbeitslosenversicherung, haben wir in Deutschland u. a. das Unterhaltungswohlfahrtsgesetz, Grundlagen des heutigen Armenwesens, das Freiheitsstrafgesetz, das Militärversorgungsgesetz, die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, das Krüppel-Fürsorgegesetz u. dgl. m. wozu sich noch die Lebensversicherung für ein Jugendwohlfahrtsgesetz und ein Jugendgerichtsgesetz gesellen. Die Lebensversicherung ist kürzlich beseitigt worden mit dem Entwurf eines Verwahrungsgesetzes, es sind ihr unterbreitet worden die Entwurfsentwürfe von Gesetzen zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitution. So dürfen wir nicht weiter arbeiten. In den verschiedensten Stellen im Reich und in den einzelnen Staaten werden Gesetzentwürfe auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege vorbereitet. Die sozialpolitischen Gesetze kommen im wesentlichen aus dem Reichsarbeitsministerium, das Jugendgerichtsgesetz aus dem Reichsjustizministerium, der Jugendwohlfahrtsgesetz aus dem Reichsministerium des Innern, wo u. a. auch die Gesundheitsfragen bearbeitet werden. Andererseits haben wir in einzelnen Ländern, in Sachsen, in Ostprezen, in Ostprezen usw. „Wohlfahrtsgesetze“, wenn auch anerkannt werden muß, daß ihr Titel mehr sagt, als ihr Inhalt; sie sind vornehmlich Gesetze auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge. Seit Jahren trägt man sich mit der Reform des Armenwesens. Sie ist ebenso notwendig, wie die Schaffung eines Reichswohlfahrtsgesetzes, in dem das Armenwesen mit zu behandeln ist. In Zusammenhang damit ist in Ostprezen die Forderung erhoben worden, einen organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege zu schaffen. Man baus das Reichsarbeitsministerium zu einem Reichswohlfahrtsministerium aus, schaffe Reichswohlfahrtsämter und als weitere Instanz

Wohlfahrtsämter bei den unteren Selbstverwaltungsbehörden. Was man heute auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege erreichen will — Reichsjugendamt, Landesjugendämter, Jugendämter — das schafft man auf dem umfassenden Gebiete der Wohlfahrtspflege. Nicht darauf kommt es heute an zu untersuchen, welche Gebiete alle in die Wohlfahrtspflege hineingehören. Darüber kann man ganz sicher verschiedener Ansicht sein. Was man aber schaffen kann, ist ein Reichsrahmengesetz, das die Hauptgebiete der Wohlfahrtspflege bezeichnet und die grundsätzlichen Bestimmungen gibt, nach denen sie zu verfahren hat, wenn sie gesellschaftlich wirken soll, nämlich vorbeugend, heilend und vorjugend. In der Praxis wird die Wohlfahrtspflege heute schon wesentlich betrieben von den Kommunen und den Kommunalverbänden. Die Serie der Wohlfahrtspflege wird und muß im kommunalen Wohlfahrtsamt liegen. Wir haben in Ostprezen zum Ausdruck gebracht, daß unter Hauptaufgabe für Arbeiterwohlfahrt keine Wohlfahrtspflegevereinigung, keine sogenannte charitative Einrichtung ist. Wir treiben Wohlfahrtspflege aus kulturellen, sozialen und ökonomischen Gründen. Vorhandene Kräfte gibt es nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern, beschädigte wieder herzustellen, verbrauchte zu verjüngen. Soll die Wohlfahrtspflege in den Kommunen, soll sie überhaupt so arbeiten, wie wir es in Ostprezen dargestellt haben, so ist notwendig die tätige Mitarbeit breiterer Volkskreise, insbesondere der arbeitenden Klasse. Auch auf diesem Gebiete geht es nicht an, abzusehen zu stehen. Wer mitbestimmen will, muß mitarbeiten, wer kritisieren will, hat die Pflicht, selbst mit anzufassen. Die Bezirks- und Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt haben daher die Aufgabe, das notwendige Menschenmaterial der kommunalen Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen. Ein gutes Wohlfahrtsamt kann nur bestehen, wenn es einen gesunden Unterbau hat. Und dieser Unterbau kann nur dadurch erreicht werden, daß Kopf- und Handarbeit hier praktische Arbeit leisten.

Diese Arbeit ist insbesondere notwendig vom sozialistischen Standpunkt aus. Auch die materialistische Geschichtsauffassung darf nicht dazu verleiten, den menschlichen Willen, den Menschen überhaupt, als Entwicklungsfaktor zu gering zu setzen. Fehler, die man gerade in den letzten Jahren zu beobachten Gelegenheit hatte. Die sozialistische Weltanschauung werden wir nur in die Tat umsetzen können durch Mitarbeit, durch die Intensität unseres Willens. Tut sich aber gesunde, willensstarke Menschen voraus, solche zu schaffen und zu erhalten ist die vornehmste Aufgabe der Wohlfahrtspflege. So dient sie unseren Idealen, dient sie der gesellschaftlichen Fortentwicklung, dient sie dem Aufstieg der Menschheit.

Sport und Körperpflege.

500 000 Mitglieder im Arbeiterturn- und Sportbund.

Der Arbeiterturn- und Sportbund hat eine halbe Million Mitglieder erreicht. Ein glänzender Aufstieg. Vor dem Kriege 200 000 Mitglieder, im Kriege bis auf 40 000 zusammengedrückt und nun 500 000 Mitglieder über 14 Jahre. Die „Freie Sportwoche“ schreibt zu diesem Ereignis: „Um 150 Prozent gegen 1914 ist unsere Organisation gewachsen und 4821 Vereine stehen zu unserem Bund. Ist das Ergebnis nicht hoch erfreulich? Gewiß, Sportgenossen, stolz können wir als Arbeitersportler auf dieses Resultat fast 30-jährigen Fleißes sein. Der Weg zum Aufstieg war uns bis zum Kriege ja so schwer gemacht, daß auch heute, wo wir die gewaltige Zahl haben, wir davor denken müssen, die zähe, im harten Kampf das Ziel des Bundes unablässig verfolgt haben. In dem Aufbau der Pfeiler, die unser Organisationsgebäude tragen, ist einstmal eine solide Arbeit verrichtet worden, eine Arbeit, die sich sehen lassen kann. Allen Stürmen hat der Bau bis jetzt standgehalten, und auch unsere Freunde, die den Himmel stürmen möchten, werden der Solidität unserer Organisationsgründpfeiler ihre Achtung bezeugen müssen. Gedenten wollen wir aus Anlaß des Festtages auch der 35 000, die einstmal die Blüte unserer Bewegung waren und die, vom Weltkriege verschlungen, den Aufstieg des Bundes nicht mit erleben durften. Wir haben den toten Genossen beim revolutionären Erwachen des Volkes im Jahre 1918 gelobt, in ihrem Sinne ihr Werk fortzusetzen. Wir haben das Versprechen gehalten! Und wir werden es weiter erfüllen. Die erste Zahl unserer heutigen Bestandsziffer muß sich noch mehrmals verändern. Wir wollen höher hinauf, wir wollen die größte Organisation auf dem Gebiete der Leibesübungen werden. Ja, Sportgenossen, das wollen wir! Und wir werden es, zweifelt einer daran? Fast nur alle zu, dann wird es auch. Aber nicht nur in die Höhe und Breite soll es gehen, auch der Tiefe unserer Bewegung haben wir zu gedenken. Eine proletarische Organi-

tion, von wahren Sozialismus getragen, das sollte der Arbeiterturn- und Sportbund sein, als 1892 der Ruf zur Gründung hinaus ins Land ging. Dafür haben wir zu sorgen, daß dieser Wille stets unserem Hause innewohnt. Dann geht es vorwärts und aufwärts zum Wohle der arbeitenden Klasse und zur Vornachstellung. Die muß unser werden. Vorwärts!

Der neueste bürgerliche Sportfimmel. Die bestehenden Kreise wissen kaum noch, womit sie den größten Nerventzettel hervorzubringen sollen. Das neueste Produkt ist ein Automobilrennen, das am Sonnabend in Berlin begonnen hat. Mit einem riesigen Kostenaufwand von vielen Millionen ist in der Nähe von Berlin eine 20 Kilometer lange Rennbahn erbaut worden. Mehrere geräumige Tribünen für die Zuschauer wurden längs der Rennbahn errichtet. Während Tausende von Wohnungsuchenden in der Reichshauptstadt nicht wissen, wie sie ein schützendes Obdach für sich und ihre Familie finden sollen, weil kein Geld für Wohnungsneubau vorhanden ist, wurden hier für eine gänzlich unproduktive Sache spielend die Millionen aufgebracht. Hätte man das Geld und das, was von den Rennbahnbesuchern ausgegeben wird und was die in ihrem Werte gewiß nicht gering zu schätzenden 14 Ehrenpreise gekostet haben, zur Vinderung der himmelschreienden Wohnungsnot gespendet, dann wäre der Automobilrennen sicher nicht der geringste Abbruch getan worden. Man hätte dann wirklich etwas Gutes getan. Für nützliche Zwecke im Interesse der Volkswohlfahrt hat die Industrie gewöhnlich nichts übrig. Sie klagt immer über schlechten Geschäftsgang, wenn sie ihren Arbeitern einige Mark Lohnzulage geben soll, sie besitzt auch nichts, wenn der Staat seinen Tribut verlangt; wenn es aber gilt, sich ein besonderes Vergnügen zu verschaffen, dann sind die Gelder hierfür im Überflusse da. — Die Berliner Polizei hat 1500 Mann der grünen Polizei aufgebieten für die notwendigen Absperrungsmaßnahmen. Die Kosten fallen sicherlich der Staatskasse zur Last. Mit einer Geschwindigkeit von 100 und mehr Kilometer in der Stunde geht die Kaserne vor sich. Beim Probefahren ereignete sich bereits ein Unfall,

bei dem die Insassen des Autos (sic!) glücklicherweise noch einigen Knochenbrüchen davorkamen.

Aus aller Welt.

Die Erforschung der Explosions-Ursache.

Im Verwaltungsgebäude der Badischen Anilinwerke in Ludwigshafen gab gestern vormittag Generaldirektor Professor Dr. Borch der Presse zunächst einige Aufklärungen über die Verhältnisse des Wertes Oppau. Was die Explosion angeht, so sei auf die erste schwächere die ungeheure zweite gefolgt, die das Werk zum Einsturz brachte und den großen Krater bildete. Hier hatte sich das große Lager von Ammoniumsulfat-Salpeter befunden. Ueber die Ursache der ersten Explosion fehlt jede Vermutung, eine Verdächtigung dritter Personen komme jedoch nicht in Frage. Die Direktion hofft, daß nach Herstellung der Gebäude der Betrieb wieder hergestellt werden kann. Die Fabrikation des bisherigen Produktes werde jedoch nicht wieder aufgenommen werden, solange nicht über die Zerlegung des Produktes Klarheit herrsche.

Die vierte Totenliste weist vierzehn Namen auf, sodas die Zahl der bis jetzt festgestellten Toten 414 beträgt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der seitens der Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist um 70 auf 160 gestiegen.

Wohin die Geldentwertung treibt. In Rußland sollen auf Befehl der Sowjetregierung demnächst Millionenbanknoten im Werte von je einer, fünf und zehn Millionen Rubel (500 Rubel gleich einer Mark) zur Ausgabe gelangen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolje, für Freistaatpolitik Volafes und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 29. September, abends 7 Uhr:
Dauerkarten B 1.
Der Freischütz
Romantische Oper in 3 Akten von Friedrich Schubert.
Musik von Carl Maria von Weber.
Neu in Szene gesetzt von Direktor Rudolf Schaper.
Musikal. Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Der Vetter aus Dingsda.“ Operette.
Sonnabend, abends 6 Uhr: Dauerkarten D 1. Ermäßigter Preis. „Hamlet.“ Tragödie.
Sonntag, vormittags 11 Uhr: Dritte (literarische) Morgenfeier. Dr. Erich Drach, Rektor der Vortragsanstalt an der Universität Berlin. „Die Niederdeutsche.“ (Theodor Storm — Detlev v. Liliencron — Hermann Ebsen — Gorch Fock)
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Reu erkauft.“ „Die Jüdin.“ Große Oper in 5 Akten.

Wilhelm-Theater

versteht sich dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann
Morgen, Freitag, den 30. Sept., abds. 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus
Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr:
Stiebertz-Konzert.
Sonntag, den 2. Oktober: „Mascottchen“.
Vorverkauf im Warenhaus Geb. Freytag, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich von Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse.
Kasseneröffnung 6 Uhr

Hausfrauen der Freien Stadt Danzig!

Am 1. Oktober ds. Js. beginnt der Verkauf der englisch-amerik. Milch und Sahne „Amelka“
in nachfolgenden Verkaufsstellen:
Fischergasse 28
Breitgasse 40
Poggenpfehl 5
Kohlenmarkt 24

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie.
Preis Mark 3.—
Buchhandlung „Volkswacht“
Spandhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 22.



Für Puddings, Flammeris, Suppen, Tünken, Torten u.s.w. verwende man stets

Dr. Oetker's Gustin

Bestes, deutsches Fabrikat! Volles deutsches Pfundgewicht!

Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Danzig

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
Loge „Eugenia“, Neugarten 18

Vortrag

- Herr Professor Dr. Scholtz aus Königsberg i. Pr.:
„Die Geschlechtskrankheiten, ihre soziale Bedeutung und die Wege zu ihrer Bekämpfung“.
 - Herr Rektor Dr. Brückmann aus Königsberg i. Pr.:
„Haus und Schule im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten“.
- Eintritt freilich

Höchstleistung in Qualität und Preiswürdigkeit

Zigarren für jeden Geschmack in denkbar größter Auswahl
In den Preislagen von M. 0,60 bis 14,00 das Stück bietet Ihnen

Zigarren-Schmidt

nur Hundegasse Nr. 14, gegenüber der Hauptpost

Vor kurzem erschien

Danzigs Geschichte

von
Dr. Erich Keyser
vom Staatsarchiv Danzig

Umfang 250 Seiten, dazu eine farbige Karte
Schön gebunden Mk. 20.— ohne Zuschlag

In allen Buchhandlungen vorrätig

Verlagsbuchhandlung
H. W. Kafemann G. m. b. H.
Danzig

Leder

sowie sämtliche
Schuhmacher-Bedarfsartikel

empfehlen
Georg Nemitz, Lederhandlung
Pfefferstadt Nr. 50
Nähe Hauptbahnhof

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Volkfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereine
— Sterbekasse. —
Kein Polizeiverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Erkennung in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

kauft zum Tagespreis
Junkerstraße 8.
Hendel, Pfefferstadt 31.

Achtung!

Komme und zahle die allerhöchsten Preise für aetrag. Herren- u. Damenjachen sowie Militärsachen, Wäsche und Fußzeug.
1516
J. Aronowitsch,
4. Damm Nr. 12.

Güte

werden umgearbeitet und garniert bei
Gwert, Fährberg 15/16

Junge

zum Anhalten soj. gesucht.
Dahmann, (F)
Langfuhr, Hauptstr. 105.

Verlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gaststätten!

Überzeugen Sie sich

durch zwanglosen Besuch von meinen noch wirklich billigen und realen Angeboten.

Herren-Anzüge
in allen modernen Formen und Farben, aus besten Stoffen, 1a Verarbeitung,
750.00, 675.00, 600.00, 180.00
550.00, 450.00, 350.00.

Blaue Herren-Anzüge
in prima Qualitäten, ein- und zweireihig und Sportform, erstklassige Verarbeitung, bester Ersatz für Maß,
850.00, 750.00, 650.00, 450.00

Eleganteste Maßanfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz.

Ulster, Schlüpfer, Raglans, Winterjoppen, Gummimäntel, Cutaways, gestreifte Hosen enorm billig.

Leo Czerninski, Schichaugasse 25, III Tr.

Kein Laden, kein Personal, daher Geldersparnis.
Achtung! um Irrtümer zu vermeiden, bitte ich um genaue Beachtung meiner Adresse.

Der Löwedes Tages!



Große Auswahl in (5109)

Zigarren und Zigaretten

Rauchtabaken und Pfeifen
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Melzergasse 1. Th. Kornath Telefon 5160.

Packmeister

Es wird nur auf erste Kraft reflektiert, die bisherige Tätigkeit durch gute Zeugnisse nachweisen kann.
F. Wodtke,
Danzig, St. Elisabeths-Kirchengasse 8.